

**TagesAnzeiger****SCHWEIZ**

---

## **Polizisten wollen Sicherheitsfirmen stoppen**

**Nach der Spitzel-Affäre im Kanton Waadt geht der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter (VSPB) gegen private Sicherheitsfirmen vor.**

In einer von den Delegierten in Lausanne verabschiedeten Resolution werden Justiz und Politik aufgefordert, Gesetzeslücken zu schliessen und der rein gewinnorientierten Geschäftspolitik den Riegel zu schieben.

### **Massnahmen für Datenschutz gefordert**

Mit der Resolution reagiert der Verband insbesondere auf die jüngst bekannt gewordenen Vorfälle in der Westschweiz, wonach Securitas-Angestellte im Auftrag von Nestle Globalisierungskritiker ausspioniert haben sollen. Der Beschluss fiel mit grosser Mehrheit, wie der Verband am Freitag mitteilte. Verlangt werden Massnahmen auf gesetzlicher Ebene, um die persönliche Freiheit sowie den Datenschutz zu garantieren und schützen.

Der rein geschäftsorientierten und destabilisierenden Geschäftspolitik privater Sicherheitsunternehmen müsse Einhalt geboten werden, hiess es. Zudem wurde die Forderung verankert, die Bahnpolizei von der Securitrans, die zu 49 Prozent der Securitas gehört, abzulösen und vollumfänglich in den Service public zu überführen.

### **Innere Sicherheit soll nicht privat werden**

Überhaupt unterstrichen die Polizeibeamten an der zweitägigen Delegiertenversammlung, die unter dem Motto «Die Polizei - der richtige Sicherheitspartner» stand und an der rund 300 Mitglieder und Gäste teilnahmen, ihren Kampf gegen die Privatisierung und Militarisierung der inneren Sicherheit. In seinem Grusswort sagte Hanspeter Uster, Präsident des Stiftungsrats des Schweizerischen Polizei-Instituts, es dürfe nicht sein, dass immer mehr hoheitliche Polizeiaufgaben an Armee und Private ausgelagert würden. «Polizeiarbeit ist und bleibt Service public», hielt er fest.

Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf rief die Polizeibeamten auf, das am vergangenen 14. August eingeführte Schengener-Informationssystem so oft wie möglich zu nutzen. Nur so bringe es Erfolg. Ausserdem unterstrich sie die Bedeutung einer verstärkten internationalen Polizeizusammenarbeit. Bund und Politik seien nicht untätig, sagte die Justizministerin: «Wir arbeiten intensiv daran, Ihnen allen effizientere Mittel zur Verbrechensbekämpfung und Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung zur Verfügung zu stellen.» (oku/ap)

Erstellt: 12.09.2008, 14:46 Uhr

---

© Tamedia AG